

Stand: 04.04.2026 15:26:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17790

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17790 vom 14.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19484 des SO vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20397 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Wege einer Bundesratsinitiative für eine Änderung der Vermittlungspraxis von arbeitssuchenden Bürgerinnen und Bürgern weg von Leiharbeits- und Befristungsketten und hin zu qualifikations- und perspektivschaffender Beschäftigung einzusetzen.

Begründung:

Die Vermittlungstätigkeit der Bundesagentur für Arbeit ist für viele arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger ein gutes Instrument, wieder in Beschäftigung zu finden. Sie sieht sich aber einer zunehmend harschen Kritik ausgesetzt.

Hintergrund ist der, dass die Vermittlung immer häufiger in Leiharbeit und sachgrundlose Befristung erfolgt. Aufgrund der sehr strengen Zumutbarkeitskriterien ist es den Arbeitssuchenden meist verwehrt, „zumutbare“ Stellen in diesem Bereich auszuschlagen. Dies gilt es in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung zu ändern.

Es sind keine tragfähigen Gründe ersichtlich, warum das Instrument der sachgrundlosen Befristung überhaupt noch eine Daseinsberechtigung haben soll. Es schafft weniger eine gesteigerte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt als Unsicherheit und Zukunftsängste der betroffenen Arbeitnehmer.

Auch die Tatsache, dass mittlerweile über 20 Prozent der Vermittlungen in Leiharbeit erfolgt, bedarf einer dringenden Veränderung. Es ist zukünftig vermehrt und primär auf die Qualifikation des einzelnen Bewerbers zu achten, als diesen pauschal in das Einbahnstraßensystem der Leiharbeit zu vermitteln.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Köhnen u.a. SPD
Drs. 17/17790**

Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/17790, 17/19484

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären